Geheime Dienste

Tschechien: Ein Institut hat die Namen früherer Stasi-Mitarbeiter ins Internet gestellt – darunter sind auch jüdische Spitzenvertreter

Konspirativ: Haben im Jüdischen Rathaus und in der Altneuschul Spitzenvertreter der Gemeinde heimlich dem kommunistischen Staat gedient? Foto: Marco Limberg

VON KILIAN KIRCHGESSNER

Ein Schlussstrich unter die sozialistische Ära soll es sein, ein radikaler Schritt zur Vergangenheitsaufbereitung: In Prag stellt ein neu gegründetes staatliches Institut seit einigen Monaten die Namen von früheren Geheimdienstmitarbeitern und Informanten der Staatssicherheit unverschlüsselt ins Internet. Auch einige Spitzenvertreter von jüdischen Organisationen stehen auf dieser Liste. In den Gemeinden allerdings gibt es noch keinen Konsens darüber, was mit den früheren Spitzeln geschehen soll.

Ganz neu ist die Debatte innerhalb der jüdischen Szene Tschechiens nicht. Seit der politischen Wende gab es wiederholt Berichte über die frühere Geheimdiensttätigkeit führender Gemeindemitglieder. Einige sollen als Vertrauensleute gearbeitet haben, andere hätten gar eine aktive Rolle innerhalb der tschechoslowakischen Staatssicherheitsbehörde innegehabt. Konsequenzen aus den personellen Verquickungen von jüdischen Einrichtungen und Inlandsgeheimdienst sind bislang allerdings nicht gezogen worden. In vielen Fällen ist bis heute ungeklärt, ob die Zuträger aus freien Stücken bei der Staatssicherheit mitgearbeitet haben.

Wie groß das Interesse des sozialistischen Geheimdienstes an den Interna aus jüdischen Kreisen gewesen ist, ließ sich auch schon in kommunistischen Zeiten erahnen. Eine Welle von inszenierten antisemitischen Prozessen und massiven Aktionen gegen jüdische Einrichtungen zog sich von den 50er-Jahren an durch die Geschichte des sozialistischen Staates. Beim „Institut zur Untersuchung der totalitären Regime", das die Informationen über die früheren Geheimdienstmitarbeiter im Internet veröffentlicht, füllen die Dokumente über die jüdischen Gemeinden dutzende Aktenordner. „Die Staatssicherheit hielt jede Person jüdischer Herkunft für potenziell gefährlich, sie betrachtete sie als mögliche Mitarbeiter des israelischen Geheimdienstes", heißt es in einem Gutachten des Instituts. „Kosmopolitismus" hieß im Jargon der damaligen Machthaber der Generalverdacht, dem alle Juden unterlagen. Während der Schauprozesse in den 50er-Jahren sind mehrere Juden zu langen Gefängnisstrafen verurteilt worden. Die berüchtigste Operation des Geheimdienstes gegen jüdische Einrichtungen startete anderthalb Jahrzehnte später: Als das Regime nach der Niederschlagung des Prager Frühlings demonstrativ Stärke beweisen wollte, startete die „Akce Pavouk" (Aktion Spinne). Mit Bespitzelungen, massiven Repressionen und systematischer Einschüchterung sollte das jüdische Leben in der Tschechoslowakei zurückgedrängt werden. Damals emigrierten zahlreiche Mitglieder der jüdischen Gemeinden nach Westeuropa.

„Die Staatssicherheit hatte damals alle im Blick, Funktionäre in den Gemeinden genauso wie jüdische Familien, die nicht mal in die Synagoge gingen. Es gab Hausdurchsuchungen, in einigen Fällen sind die Kinder von der Schule verwiesen worden", sagt ein Kenner des jüdischen Lebens in Prag. Genau zu dieser Zeit war es, dass viele jüdische Gemeindefunktionäre ihre Zusammenarbeit mit dem Geheimdienst aufnahmen. „Fast alle Juden sind dort registriert, sogar kleine Kinder tauchen als Zuträger in den Akten auf", heißt es aus den Reihen der jüdischen Gemeinde in Prag. Deshalb fällt es heute so schwer, den Wert der Akten richtig einzuschätzen. Einige der vermeintlichen Zuträger waren offenkundig ohne ihr Wissen in die Kartei geraten, andere lieferten tatsächlich Informationen, um den Repressionen zu entgehen.

Über dem Versuch der Aufarbeitung der sozialistischen Vergangenheit steht die ungeschriebene Frage, ob jüdisches Leben überhaupt möglich gewesen wäre ohne die enge Verdrahtung zur Staatssicherheit – oder ob sich die Gemeindemitglieder nicht vielmehr erst durch ihre Zusammenarbeit ein Stück Religionsfreiheit erkauft haben. Das zumindest ist die Lesart, die von den betroffenen Funktionären gepflegt wird.

Das ganze Ausmaß des Dilemmas wird deutlich, wenn es um Einzelschicksale geht. Um das von Frantisek Kraus etwa, der als einer von wenigen über seine Vergangenheit spricht. Der heute 83-Jährige ist Auschwitz-Überlebender. Kaum war er nach dem Krieg wieder in seiner Heimatstadt Prag zurück, nahmen ihn die Kommunisten als „zionistischen Staatsfeind" fest. Zu 22 Jahren Haft haben sie ihn verurteilt – und ihm nach den ersten Jahren in einem berüchtigten Gefängnis die Freilassung angeboten, wenn er denn künftig zur Zusammenarbeit bereit wäre. Kraus stimmte zu. In Freiheit wurde er einige Jahre später zum Generalsekretär einiger jüdischer Organisationen, er reiste zu Kongressen ins Ausland. Über all das verfasste er Berichte für die Staatssicherheit, auf deren Geheiß er sogar Mitarbeiter in seinen Einrichtungen entließ. Vor tschechischen Journalisten hat er sich offen zu seiner Spitzeltätigkeit bekannt: „Ich schäme mich nicht dafür", sagte er im vergangenen Jahr in einem Interview. „Für mich war das die Rettung aus einer furchtbaren Quälerei. Man will so sehr nach Hause. Das Leben ist kurz."

Der Unpolitische

USA: Eine Begegnung mit Rabbiner Capers Funnye, einem Verwandten des demokratischen US-Präsidentschaftskandidaten Barack Obama

VON ALINA DAIN

Wenn Rabbiner Capers C. Funnye nicht Rabbiner wäre, würde er wohl das machen, was seine Frau für ihn gewollt hätte, nämlich gemeinsam mit ihr in einer Agentur für sozial Schwache arbeiten. „Das ist auch eine Liebe von mir", sagt Funnye.

Aber er ist Rabbiner geworden, Rabbiner von Beth Shalom B'nai Zaken, der Äthiopisch-Hebräischen Gemeinde in Chicago. Funnye wurde als Nichtjude geboren. Er war auf der Suche, stieß auf das Judentum und verliebte sich in diese Religion. „Alles, was ich darüber gelesen hatte, zeigte mir, dass im Judentum meine religiösen Bedürfnisse am besten erfüllt werden."

Funnye studierte Hebräische Literatur, Judaistik und Personalführung und wurde 1985 Rabbiner. Seine größte Freude ist es, jungen nichtjüdischen Menschen, die sich für das Judentum interessieren, beim Übertritt zu helfen. Auch aschkenasischen Ehepaaren, die schwarze Kinder adoptieren möchten, bietet er Unterstützung an. Sein größtes Ziel ist, dass alle sich in seiner Synagoge zu Hause fühlen.

Als „Schwarzer" und Jude in Amerika kann Funnye leicht die schwierigen Geschichten beider Gruppen vergleichen. „Wenn man die jüdische Geschichte Europas untersucht, sieht man, wie mit den Juden umgegangen wurde: Sie wurden aus ihrer Heimat vertrieben und gezwungen, in isolierten Gebieten zu leben. Sie haben schreckliche Pogrome erlebt, besonders in Russland. Ich kann eine Parallele zum Ku-Klux-Klan und zu solchen Gruppen ziehen, die versucht haben, Schwarzen in Amerika Angst zu machen", sagt Funnye.

„Heute ist Amerika viel toleranter als noch vor wenigen Jahren. Vor allem für Jugendliche spielen Rasse und Hautfarbe keine Rolle. Sie denken nicht so, wie damals gedacht wurde", so Funnye.

Von seinen nichtjüdischen Verwandten erzählt der Rabbiner nicht gern. Dabei stehen zwei von ihnen doch gerade im Rampenlicht. Seine Cousine zweiten Grades ist Michelle Obama, die Ehefrau von Barack Obama, dem Präsidenschaftskandidaten der Demokraten. „Ich beschäftige mich nicht mit Politik, außer, dass ich wählen gehe", so Funnye. Trotzdem betet er, dass Obama gewinnt, um „den Schritt zu mehr Toleranz und Verständnis zu wagen". In der Hoffnung, dass Amerika zur Demokratie und Gleichheit der Menschen zurückkehrt.

Spricht nicht gern über seine Verwandten: Rabbiner Capers Funnye Foto: AP

Weltspiegel

JERUSALEM

Kurz vor Rosch Haschana hat die Jewish Agency ihren jährlichen Demografie-Bericht vorgelegt. Wie ein Expertenteam der Hebräischen Universität berechnet hat, leben momentan weltweit rund 13,3 Millionen Juden. Im Vorjahr waren es etwa 100.000 weniger. Dem Bericht zufolge stieg im Laufe des vergangenen Jahres auch die Zahl der in Israel lebenden Juden, und zwar um rund 70.000. In der Diaspora ist die jüdische Bevölkerung hingegen rückläufig. Wurden 2007 noch rund 7,8 Millionen gezählt, waren es zu diesem Neujahrsfest nur noch etwa 7,75 Millionen. Die größte jüdische Gemeinde besteht in Israel, auf Platz 2 folgen die USA, wo gegenwärtig rund 5,3 Millionen Juden leben. Dann folgen die Gemeinden Frankreichs (rund 490.000), Kanadas (rund 375.000), Großbritanniens (rund 295.000), Russlands (rund 215.000), Argentiniens (rund 183.000) und Deutschlands (rund 120.000). Die kleinste jüdische Gemeinde besteht derzeit in Afghanistan, sie zählt einen einzigen Mann. *ja*

BUKAREST

Rumänien baut ein Holocaust-Mahnmal in der Hauptstadt Bukarest. Die Bauarbeiten an dem Denkmal sollen in Kürze beginnen, teilte Rumäniens Ministerpräsident Calin Popescu Tariceanu am Montag im Vorfeld des offiziellen Gedenktags am 9. Oktober für die mehr als 400.000 Holocaust-Opfer in Rumänien mit. Die Grundsteinlegung war bereits 2006 erfolgt. Das Denkmal soll nach dem Entwurf des aus Rumänien stammenden und heute in Pforzheim lebenden Künstlers Peter Jacobi gebaut werden. Vor der Schoa lebten in Rumänien rund 800.000 Juden. Heute zählt die Gemeinde noch etwa 9.000 Mitglieder. *dpa*

ROM

Zum ersten Mal hat ein jüdischer Gast auf einer Bischofssynode gesprochen. Der Oberrabbiner von Haifa, Shear Yashuv Cohen, hielt am Montag im Vatikan einen Vortrag. Im Anschluss daran kritisierte er indirekt Papst Pius XII. „Wir erinnern uns an jene religiösen Führer, die ihre Stimme nicht erhoben haben, um unsere Brüder (vor dem Holocaust) zu retten", sagte Cohen. Die katholische Kirche gedenkt an diesem Donnerstag des vor 50 Jahren gestorbenen Pius XII., dem viele vorwerfen, zum Holocaust geschwiegen zu haben. *dpa*

IMPRESSUM

Jüdische Allgemeine

Chefredakteur: Dr. Christian Böhme
Chef vom Dienst: Detlef David Kauschke
Feuilleton: Michael Wuliger
Zeitgeschehen/Wissen: Sylke Tempel, Ingo Way
Gemeinden: Heidelind Sobotka
Jüdische Welt: Tobias Kühn
München: Miryam Gümbel (IKG)
Auslandskorrespondenten: Wladimir Struminski (Israel), Hannes Stein (USA), Hans-Ulrich Dillmann (Karibik)
Autoren: Pieke Biermann, Michael Borgstede, Sabine Brandes (Israel), Ralph Giordano, Richard Herzinger, Matthias B. Krause, Helmut Kuhn, Viola Roggenkamp, Michael Wolffsohn
Foto: Marco Limberg
Bildquellen: AP, dpa, ddp, epd, Reuters
Dokumentation: Kirsten Polcuch
Online-Redaktion: Katrin Richter
Gestaltungskonzept: Birgit Lukowski

Anzeigen: Dalia Salaw, Norbert Quast
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH
Verlag: Jüdische Presse gGmbH

Verlagsleiter: Elmar Balster
Geschäftsführer: Dr. Dieter Graumann
Herausgeber: Zentralrat der Juden in Deutschland
Gründer: Karl Marx sel. A.

Besucheradresse:
Haus zur Berolina, 10117 Berlin, Hausvogteiplatz 12
Postanschrift: 10062 Berlin, Postfach 04 03 69

Kommunikation:
Telefon 030 / 499 888 0, Telefax 030 / 499 888 99
email: buero@Juedische-Presse.de
Abonnentenservice:
Telefon 030 / 499 888 60, Telefax 030 / 499 888 66
email: Abo@Juedische-Allgemeine.de
Internet: www.Juedische-Allgemeine.de

Der Abo-Preis beträgt 99,90 Euro pro Jahr inklusive Mehrwertsteuer und Zustellung innerhalb Deutschlands sowie inklusive der Spezials Jüdische Literatur und Jüdische Illustrierte.

Keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos oder Illustrationen. Der Titel erscheint wöchentlich donnerstags. Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitungsbeiträge, Abbildungen, Anzeigen etc. ist unzulässig. Aktuelle Nutzungsrechte für elektronische Pressespiegel sind über www.Presse-Monitor.de zu erhalten.
Alle weiteren Titel sind elektronisch im Archiv abrufbar: www.Juedische-Presse.de. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 31 vom 01. Januar 2008.
Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Berlin.

VKZ A 1107 ISSN 1618 - 9698

Ausgezeichnet mit European-Newspaper-Design-Award